

Einleitung

1. Der Bundesvorstand als Organ der CDU

Die Gründung einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei gehört zu jenen Weichenstellungen, die 1945 eine Rekonstruktion der innenpolitischen Verhältnisse der Jahre vor 1933 verhindert haben. Mit einer bewußten Abkehr vom traditionellen deutschen Parteiensystem und seiner Zersplitterung, die als mitverantwortlich für das Scheitern der Weimarer Republik galt, mit ihrer christlichen Orientierung und mit einer neuen außen- und wirtschaftspolitischen Konzeption traf die CDU auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Dies fand seinen Ausdruck in erfolgreichen Wahlen auf Kommunal-, Landes- und schließlich 1949 auch auf Bundesebene. Diese Erfolge sind ohne eine schlagkräftige zentrale Parteiorganisation errungen worden. Daß der Aufstieg der CDU nicht das Resultat von Aufbau und Ausbau der Organisation war, erscheint aus heutiger Sicht manchem erstaunlich, gilt doch neuerdings weithin vor allem „die personelle und technisch-organisatorische Qualität des Parteapparats“ als Garant für den politischen Erfolg einer Partei.¹

Freilich gab es von Anfang an Bemühungen, die lokal und regional gegründeten Unionsverbände miteinander zu verschmelzen. Ein erster Versuch, noch im Gründungsjahr 1945 einen Dachverband ins Leben zu rufen, war auf dem sog. Reichstreffen vom 14. bis 16. Dezember 1945 in Bad Godesberg gescheitert. Als verbindende Klammer war der in Bad Godesberg beschlossene, Anfang 1946 in Frankfurt/Main errichtete Zonenverbindungsausschuß geplant, aber er blieb ohne Bedeutung. Auch jenes Minimum an Koordination, das durch den lockeren Verbund der seit 1947 in Frankfurt angesiedelten „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands“ gegeben war, entsprach nach Gründung der Bundesrepublik nicht mehr den Anforderungen des politischen Alltags; denn praktisch war das Generalsekretariat in Frankfurt nicht mehr als eine Verbindungsstelle zwischen den Landesverbänden der verschiedenen Zonen. Ausschlaggebend für das relativ bescheidene Gewicht der „Arbeitsgemeinschaft“ war vor allem das latente Mißtrauen der regionalen Partei-gliederungen gegen jede Zentralisierungstendenz. Außerdem bestanden in Berlin und in Köln verhältnismäßig gut organisierte Zonengeschäftsstellen, mit denen die jeweiligen Landesverbände weitaus engere Verbindungen pflegten als mit Frankfurt.

Ein erneuter Vorstoß zur Bildung einer Gesamtpartei wurde im Jahre 1948 unternommen, als die gemeinsame Fraktion von CDU und CSU im Frankfurter

1 Vgl. zuletzt SCHÖNBOHM S. 300ff.

Wirtschaftsrat, der erste quasi institutionalisierte Zusammenschluß auf überregionaler Ebene, schon über ein Jahr erfolgreich gearbeitet hatte und die Verfassungsberatungen im Parlamentarischen Rat bevorstanden. Aber ein vom Organisationsausschuß der „Arbeitsgemeinschaft“ am 20. August 1948 in Königstein formuliertes „Statut der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU“ blieb ohne Folgen.² Immerhin wurde die Organisation des Wahlkampfs für die erste Bundestagswahl und damit das erste koordinierte Handeln verschiedener Verbände der CDU vom Generalsekretariat in Frankfurt übernommen.³

Die gemeinsame Arbeit in den vorparlamentarischen Gründungsgremien der Bundesrepublik, der Erfolg dieses ersten Bundestagswahlkampfes, die Bildung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Zusammentritt der Bundesversammlung und die länderübergreifende Arbeit im Bundesrat schufen dann das Klima, in dem in der CDU überzonales Denken und Handeln an Boden gewann. Die Notwendigkeit strafferer Führung und Koordination wurde der größten Regierungspartei zunehmend bewußt; dies stellte automatisch die Frage nach der zukünftigen Organisation. An die Stelle der „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU“, die nach der Bundestagswahl ihre Tätigkeit praktisch einstellte, trat die 1948 errichtete und von Adenauer geleitete Konferenz der Landesvorsitzenden, die sich für kurze Zeit zur zentralen Schaltstelle der Partei entwickelte. Zwar besaß sie keine offizielle politische Legitimation – denn sie war in keiner Satzung eines Landesverbands vorgesehen –, aber sie wurde doch neben den parlamentarischen Gremien zur Keimzelle einer überzonalen Parteiorganisation.

Eine Sitzung der Landesvorsitzenden vom 11. Mai 1950 in Königswinter kann gewissermaßen als die Geburtsstunde der Gesamtpartei bezeichnet werden: Die Vorsitzenden der CDU-Landesverbände des Bundesgebiets und Berlins gründeten die Christlich-Demokratische Union auf Bundesebene und wählten Bundeskanzler Konrad Adenauer, den Vorsitzenden des größten und am besten organisierten Verbands⁴, einstimmig zum vorläufigen Vorsitzenden.⁵ Ab sofort nahm er in seine Parteikorrespondenz die Bezeichnung „Bundesvorsitzender der CDU“ bzw. „Der Vorsitzende der CDU Deutschlands“ auf. Das Führungsgremium bildete einen Ausschuß, dem – nach landsmannschaftlichen, konfessionellen und beruflichen Gesichtspunkten zusammengesetzt – folgende Mitglieder angehörten: Oberbürger-

2 Text des Statuts in ACDP VII-004-126/2; Druck der Geschäftsordnung in FLECHTHEIM 1 S. 200f.

3 Vgl. Udo WENGST: Die CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 1949. In: VfZ 34 (1986) S. 1–52.

4 Vgl. zu Aufbau und Organisation demnächst Horstwalter HEITZER: Die CDU in der britischen Zone. Gründung, Organisation, Programm und Politik der Christlich-Demokratischen Union. Ms. Köln 1985.

5 Auf einen Einzelnachweis der zitierten Protokolle der Konferenzen der Landesvorsitzenden wird verzichtet, da sie z.Z. im ACDP zur Veröffentlichung vorbereitet werden. Zu Adenauer in der britischen Zone vgl. PÜTZ; zu seinem Aufstieg zuletzt MORSEY: Konrad Adenauer.

meister Ernst Bach aus Siegen, der Bundestagsabgeordnete Anton Hilbert aus Untereggingen (Baden), der frühere Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat und Bundestagsabgeordnete Friedrich Holzapfel aus Herford (Westfalen), der Bundestagsabgeordnete Rudolf Vogel aus Aalen (Nordwürttemberg), der Gewerkschafter Heinrich Lünendonk aus Frankfurt (Hessen), Helene Weber aus Essen (Rheinland), Walther Schreiber aus Berlin und Alois Zimmer aus Montabaur (Rheinland-Pfalz).

Dieser Ausschuß, dem bemerkenswerterweise kein Mitglied aus den norddeutschen Parteiorganisationen angehörte, sollte die Redaktion der Bundessatzung übernehmen und den ersten Bundesparteitag vorbereiten. Weiterhin wurde beschlossen, die Bundespartei dreifach zu gliedern: in einen Gesamtvorstand, einen Parteiausschuß und einen jährlich einzuberufenden Parteitag. Durch Hinzunahme von Vertretern derjenigen Gebiete, die fremder Verwaltung unterstellt waren, sowie der sowjetischen Besatzungszone wollte die Parteführung ihren Anspruch dokumentieren, die Vertretung der christlich-demokratischen Kräfte in ganz Deutschland zu sein.

Noch im Mai 1950 wurde der Organisationsausschuß unter Leitung von Alois Zimmer konstituiert, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz. Der Ausschuß befaßte sich intensiv mit der Vorbereitung des ursprünglich für September vorgesehenen Parteitags. Seine wichtigste Aufgabe aber war zunächst, ein Statut auszuarbeiten, das die neue Sachlage auch rechtlich fixierte. Zimmer konnte dabei auf seine Vorarbeit in der „Arbeitsgemeinschaft“ vom August 1948 und die Weiterentwicklung des Statuts vom Oktober 1949 zurückgreifen.⁶ Die Schlußberatung der neuen Satzung fand in der Sitzung der Landesvorsitzenden vom 31. Juli 1950 in Königswinter statt. Im wesentlichen wurden für das Parteiorgan „Bundesvorstand“ die folgenden Regelungen getroffen:

„§ 9: Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinen drei Stellvertretern, dem Schatzmeister und sieben weiteren Mitgliedern. Für diese sieben Mitglieder wird je ein Stellvertreter gewählt.

§ 10: Der Vorstand führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und Parteiausschusses durch und erledigt die laufenden Geschäfte. Er ist befugt, in eiligen Fällen Entscheidungen zu treffen, die dem Parteitag oder Parteiausschuß zur Genehmigung vorzulegen sind.

Der Vorstand bedient sich zur Erledigung der laufenden Geschäfte der Bundesgeschäftsstelle. Die Bundesgeschäftsstelle ist dem Vorstand verantwortlich. Das Nähere regelt die vom Vorstand zu erlassende Geschäftsanweisung.

§ 11: Zur Unterstützung des Vorstandes sowie zur Bearbeitung fachlicher Aufgaben und zur Betreuung bestimmter Bevölkerungskreise und ihrer Durchdringung mit dem Gedankengut der CDU werden Ausschüsse gebildet. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Landesverbänden – im Einvernehmen mit den auf der

⁶ Vgl. Vermerk Zimmers vom 9. Oktober 1949 in BA, NL Kaiser vorl. Nr. 108.

Landesebene bestehenden Ausschüssen – entsandt. Die Vorsitzenden der Ausschüsse werden auf Vorschlag ihrer Mitglieder vom Parteiausschuß gewählt. Die Ausschüsse sind dem Vorstand verantwortlich.

Zusammensetzung, Arbeitsbereich und Arbeitsweise regelt eine Geschäftsordnung, die vom Vorstand erlassen wird.⁷

Weitere Regelungen, die den Vorstand betrafen, waren die Einberufung von Parteitag und Parteiausschuß durch den Vorstand sowie die Wahl des Parteivorsitzenden und seiner drei Stellvertreter durch den Parteitag (§ 5). Die Wahl des Schatzmeisters, sieben weiterer Vorstandsmitglieder und ihrer Stellvertreter oblag dem Parteiausschuß (§ 7); diesem gehörten an neben dem gesamten Vorstand die Delegierten der Landesverbände und der sowjetisch besetzten Zone, die Vorsitzenden der Landesverbände und der Exil-CDU, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen im Bundesgebiet und der Stadtverordnetenfraktion Groß-Berlin sowie fünf Vertreter für die Gebiete jenseits der Oder und Neiße, die vom Flüchtlingsausschuß gewählt wurden (§ 6).⁷

In ihrer Konferenz am 13. Oktober, kurz vor dem ersten Bundesparteitag, der nach längerem Tauziehen für den 20.–22. Oktober nach Goslar einberufen wurde, diskutierten die Landesvorsitzenden erneut die Bestimmungen über die Zahl der Vorstandsmitglieder und berieten über die personelle Konstellation des in Goslar zu wählenden Vorstands. Ohne Debatte wurde einstimmig beschlossen, Adenauer als ersten Vorsitzenden der Gesamtpartei vorzuschlagen; faktisch hatte er diese Position bereits inne. Ebenfalls einstimmig wurde Jakob Kaiser als Stellvertreter nominiert. In der Diskussion über den zweiten Stellvertreter schälte sich die Nominierung von Friedrich Holzapfel heraus, der wie Kaiser nicht gerade zu den engsten Vertrauten Adenauers zählte. Daraufhin versuchte Adenauer unter Hinweis auf die großen und schweren politischen Aufgaben in seinem Amt als Bundeskanzler eine ihm genehme Persönlichkeit als weiteren Stellvertreter durchzusetzen. Um Kaiser und Holzapfel zu neutralisieren, äußerte er den Wunsch, in der Parteiführung „eine junge frische Kraft zur Seite“ zu haben, die ihre „ganze Kraft der Partei zur Verfügung stellen könne“. Er dachte dabei an den in der Bundestagsfraktion kometenhaft aufgestiegenen Kurt Georg Kiesinger, den er noch am Morgen des 13. Oktober aus konfessionspolitischen Erwägungen (und weil er wohl eine Parteiarbeit Kiesingers favorisierte) zum Verzicht auf seine Kandidatur für das Amt des Bundestagspräsidenten bewogen hatte.⁸ Tatsächlich wurde Kiesinger auch zum „Generalsekretär als geschäftsführendes Vorstandsmitglied“ vorgeschlagen. Aus diesem Grund veränderten die Landesvorsitzenden das Statut auf ihrer letzten Konferenz am 20. Oktober unmittelbar vor Beginn des Parteitags erneut. Um eine größere Ausgewogenheit und Repräsentanz aller Parteigruppierungen zu erreichen, wurde gleichzeitig beschlossen, den Vorstand von sieben auf zehn Mitglieder zu erhöhen.

⁷ CDU, 1. Parteitag S. 174–176; FLECHTHEIM 1 S. 201–204.

⁸ KIESINGER: Erlebnisse S. 63f.

Der die Zusammensetzung des Parteivorstands betreffende § 9 der Satzung, die mit einigen Änderungen bis zum Stuttgarter Parteitag im April 1956 in Kraft blieb, lautete schließlich: „Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied, dem Schatzmeister und zehn weiteren Mitgliedern. Für diese zehn Mitglieder wird je ein Stellvertreter gewählt. Der jeweilige Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gehört dem Vorstand als stimmberechtigtes Mitglied an.“ Das Statut wurde am 21. Oktober 1950 von Adenauer verlesen und von den Parteitagsdelegierten angenommen. Zum Vorsitzenden wählte der Parteitag Adenauer mit 302 von 335 Stimmen, zu (gleichberechtigten) Stellvertretern Holzapfel mit 297 von 342 und Kaiser mit 304 von 336 abgegebenen Stimmen.

Die Statuten hatten nicht festgelegt, für welchen Zeitraum die Vorsitzenden gewählt waren. Auf dem 3. Parteitag 1952 wurden Adenauer und Kaiser wiedergewählt, und Holzapfel, der als Gesandter nach Bern wechselte, durch den Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises und Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers ersetzt. Dieser 3. Parteitag verwies auf einen Beschuß des 1. Parteitags, wonach die Vorsitzenden auf zwei Jahre gewählt worden seien⁹; die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder wurde sogar auf den nächsten Parteitag verschoben. In Hamburg 1953 wurde schließlich die Amtszeit der Vorstandsmitglieder auf ein Jahr begrenzt.

In seiner Sitzung vom 21. Oktober 1950 wählte der Parteiausschuß die weiteren Vorstandsmitglieder und ihre Stellvertreter.¹⁰ Unproblematisch war die Berufung von Ernst Bach zum Schatzmeister¹¹, heftig umstritten dagegen der von Adenauer für das Amt des geschäftsführenden Vorstandsmitglieds vorgesehene Kandidat Kiesinger. Kaiser und Holzapfel versuchten seine Wahl zu verhindern, da Kiesinger ihre Machtposition in der Vorstandarbeit erheblich beschränkt hätte. Bei Kaiser, der trotz seines Scheiterns als CDU-Vorsitzender der SBZ vor allem bei den Delegierten der Exil-CDU und Berlins hohes Ansehen genoß, wie bei Holzapfel, der als ehemaliger Fraktionsvorsitzender im Frankfurter Wirtschaftsrat nach wie vor Rückhalt in der Partei hatte, wäre auch jeder andere Kandidat als Kiesinger auf Ablehnung gestoßen. Verschiedentlich wurde in der Debatte argumentiert, so rasch nach Gründung der Bundespartei benötige man kein geschäftsführendes Vorstandsmitglied.

Der massive Widerstand der Berliner Vertreter Friedensburg und Grasl sowie einer starken Gruppe um Holzapfel ergab schließlich ein Wahlergebnis von 39 Ja-, 18 Neinstimmen, 16 Enthaltungen, bei zwei ungültigen Stimmen und einer Stimme für Ernst Lemmer. Damit konnten sich weder Adenauer noch Kiesinger selbst zufriedengeben. Die Zurückhaltung oder gar scharfe Ablehnung gegen Person wie

⁹ CDU, 3. Parteitag S. 81–84, 91f.

¹⁰ Protokoll in ACDP VII-001-019/1.

¹¹ Wahl am 22. Oktober 1950; vgl. Protokoll des Parteiausschusses in ACDP VII-001-019/2.

Funktion, die in dieser Abstimmung zum Ausdruck kam, hätte Kiesingers Arbeit sehr erschwert und ihn in zu große Abhängigkeit des Parteivorsitzenden gebracht. Er nahm deshalb zwar die Wahl in den Vorstand an, nicht aber das auf ihn zugeschnittene Amt¹², das infolgedessen unbesetzt blieb. Der Rückzieher Kiesingers war eine erste Niederlage Adenauers bei der Durchsetzung seiner Personalvorstellungen wie auch seiner parteipolitischen Konzeption. Bei der Besetzung des Geschäftsführerpostens sollten weitere Niederlagen folgen. Die Wahlen der übrigen Mitglieder, die in der Sitzung der Landesvorsitzenden vom 13. Oktober bereits nominiert worden waren und im wesentlichen auch akzeptiert wurden, verliefen hingegen ohne Auseinandersetzungen. Damit hatte der in Goslar durch Parteitag und Parteiausschuß bestellte, nach konfessionellen, beruflichen und landsmannschaftlichen Gesichtspunkten ausgewogene Vorstand folgende Zusammensetzung: 1. Vorsitzender: Konrad Adenauer; stellvertretende Vorsitzende: Friedrich Holzapfel, Jakob Kaiser; Schatzmeister: Ernst Bach; Mitglieder (und Stellvertreter): Hessen: Werner Hilpert, Heinrich Lünendonk; Württemberg: Wilhelm Simpfendorfer (Nordwürttemberg), Albert Sauer (Württemberg-Hohenzollern); Baden: Anton Dichtel (Südbaden), Fridolin Heurich (Nordbaden); Rheinland-Pfalz: Alois Zimmer, Adolf Süsterhenn; Niedersachsen: Georg Strickrodt (Braunschweig), Adolf Cillien (Hannover); Nordrhein-Westfalen: Ernst Majonica (s. Junge Union), Johannes Albers; Berlin: Walther Schreiber, Robert Tillmanns; Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen: Carl Schröter (Schleswig-Holstein), Ewald Samsche (Hamburg); Frauen: Maria Gröwel, Anna Marie Heiler; Junge Union: Ernst Majonica (s. NW); Vertriebene: Linus Kather, Oskar Wackerzapp sowie Heinrich von Brentano als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.¹³

Mit der Wahl des Vorstands war neben Parteitag und Parteiausschuß das dritte Organ der Bundes-CDU geschaffen, die bislang unverbundenen Landesverbände zusammengefügt und insofern die Gründungsphase der Bundespartei abgeschlossen. Der 1. Bundesparteitag in Goslar kann daher sowohl als Endpunkt für die Phase der Verschmelzung zur überregionalen Partei betrachtet werden wie auch als Beginn gemeinsamer Parteiarbeit der CDU auf Bundesebene.

Die Auseinandersetzung um die Kompetenzen innerhalb des Vorstands war mit der in Goslar unterbliebenen Wahl eines geschäftsführenden Vorstandsmitglieds nur vertagt. Bereits in seiner ersten Sitzung am 5. Dezember 1950 befaßte sich der Vorstand mit dieser Frage und einigte sich auf eine „extrakonstitutionelle“ Regelung, da ein Einvernehmen weder über Aufgabe noch Person herzustellen war, die sowohl den Vorstellungen des Vorsitzenden wie seiner Stellvertreter und des Gesamtvorstands gleichermaßen entsprochen hätte. Wohl war man sich im großen und ganzen über Inhalt und Weg der Politik im klaren; erbittert stritt man aber über die Form, in der dies geschehen sollte. Der schließlich gefundene Kompromiß unter-

12 KIESINGER: Erlebnisse S. 64.

13 CDU, 1. Parteitag S. 173.

streicht, wie souverän sich die CDU-Spitze über das wenige Wochen zuvor beschlossene Statut hinwegsetzte, wenn es aufgrund der Sachlage opportun schien: Auf Vorschlag von Schatzmeister Bach wurde „ein Arbeitsausschuß zur Vorbereitung der Bundesgeschäftsstelle“ geschaffen, der sog. 5er-Ausschuß, den Kaiser, Holzapfel, Kiesinger, Zimmer und Bach bildeten.¹⁴ Als vordringlichste Aufgabe stellte sich ihm die Auflösung der Sekretariate der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft in Frankfurt und der britischen Zone in Köln sowie ihre Überführung in die Bundesgeschäftsstelle bis zum 31. Dezember 1950. Auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe am 20. bzw. 21. Oktober 1951 schließlich wurde dieser 5er-Ausschuß abgelöst und in großzügiger Interpretation des § 7b bzw. 9 der Satzung beschlossen, „daß auch an Stelle von einem mehrere geschäftsführende Vorstandsmitglieder bestellt werden können“.¹⁵ Allein Holzapfel meldete schwerwiegende Bedenken gegen die Statut-verletzung an. Er hatte den vom Parteiausschuß ursprünglich für Organisationsfragen vorgesehenen Zimmer verdrängt¹⁶ und war am 9. November 1950 mit der Aufgabe betraut worden, „die Parteiorganisation und den Aufbau der Bundesgeschäftsstelle durchzuführen“; er galt als „verantwortlicher Leiter der Bundesgeschäftsstelle“¹⁷ und befürchtete eine Verringerung seines Einflusses auf die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. Mit der Berufung von Kiesinger, gegen den Kaiser erneut Vorbehalte geltend machte, sowie Tillmanns und Wuermeling am 9. November 1951¹⁸ reduzierten sich auch tatsächlich die Einwirkungsmöglichkeiten der beiden Adenauer-Vertreter auf die Geschicke der Partei. Entscheidendes Gewicht fiel von nun an diesen geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern zu, die regelmäßig zu den Besprechungen der „Mittwochsrunde“¹⁹ hinzugezogen und damit zu einem wichtigen Bindeglied zwischen dem Parteivorsitzenden und Kanzler, Bundeskanzleramt und Parteiapparat wurden.

Bis zu diesem Zeitpunkt war aber noch immer die Frage ungelöst, wer die im Aufbau befindliche Bundesgeschäftsstelle in Bonn leiten sollte. Schon im Frühjahr 1951 hatte Adenauer den ihm ergebenen Chefredakteur des „Deutschland-Union-Dienstes“ (DUD), Heinz Lubbers, als kommissarischen Bundesgeschäftsführer eingesetzt; Holzapfel war damit als Organisator weitgehend ausgeschaltet.²⁰ Die schweren Bedenken, die im Vorstand gegen diese Eigenmächtigkeit des Vorsitzenden wie

14 Vgl. unten Nr. 1 S. 8f.; Beschlüsse dieser Sitzung auch in BA, NL Holzapfel Nr. 232.

15 Vgl. unten Nr. 7 S. 85; CDU, 2. Parteitag S. 140f., 167.

16 Protokoll der Sitzung vom 22. Oktober 1950 in ACDP VII-001-019/2.

17 Aktenvermerk der Besprechung vom 9. November 1950 in BA, NL Holzapfel Nr. 232; Protokoll des Arbeitsausschusses des Vorstands vom 14. Dezember 1950 in BA, NL Kaiser vorl. Nr. 108.

18 Vgl. Nr. 9 S. 94f.

19 Regelmäßige Teilnehmer: Adenauer, Bach, Blankenhorn, von Eckardt, Ehlers, Globke, Heck, Kaiser, Kiesinger, Lenz, Rust, Tillmanns und Wuermeling (vgl. Nr. 18 Anm. 92).

20 Vgl. Nr. 2 S. 14.

auch gegen die Person laut wurden²¹, schwächen Lubbers' Stellung aber erheblich und schränkten seine praktischen Möglichkeiten ein. Der Geschäftsführer des Landesverbands Westfalen-Lippe, Joseph Blank, den der Vorstand in seiner Mehrheit wohl akzeptiert hätte, wurde von seinem Verband nicht für die Bundespartei freigegeben.²² Um das Vakuum an der Spitze der Bundesgeschäftsstelle zu beenden, wählte der Vorstand schließlich Anfang 1952 auf Empfehlung Kiesingers und auf Vorschlag Tillmanns' den damaligen Regierungsrat Bruno Heck gegen den Willen Adenauers zum Bundesgeschäftsführer. Heck trat sein Amt zum 1. Mai 1952 an.²³ Wie schon im Fall Kiesinger mußte sich Adenauer auch in dieser Personalfrage dem Willen der Partei bzw. des Vorstands beugen. Mit der Lösung dieser letzten wichtigen Frage war der langwierige Prozeß des personellen Aufbaus der gesamten Bundesgeschäftsstelle, der bis dahin die Diskussionen im Vorstand wesentlich mitbestimmt hatte, abgeschlossen.

Die Satzung sah allerdings weder die Position mehrerer geschäftsführender Vorstandsmitglieder noch die des Bundesgeschäftsführers vor; eine entsprechende Änderung erfolgte erst vier Jahre später in § 9c (Mitglied im Bundesvorstand) bzw. § 10 Abs. 2 (Wahl durch den Bundesvorstand und Verantwortlichkeit) des neuen Parteistatuts, das der 6. Bundesparteitag in Stuttgart am 28. April 1956 verabschiedete.²⁴ Zu diesem Zeitpunkt wurde auch eine Erweiterung des Vorstands sanktionierte, die sich seit Mitte 1952 angebahnt hatte. Aufgrund der als mangelhaft empfundenen Abstimmung der Politik zwischen Bund und CDU-geführten Ländern, zwischen Bundespartei und Landesverbänden, beschloß der Vorstand am 13. Juni 1952, „auch diejenigen Landesvorsitzenden, die nicht ordentliche Mitglieder des Vorstands sind, zu den Sitzungen des Bundesparteivorstandes einzuladen“; ebenfalls sollte der Generalsekretär der CSU hinzugezogen werden.²⁵ Dieser Versuch, den parteipolitischen Föderalismus der Union zu überwinden, traf bei den Landesverbänden, die auf ihre Eigenständigkeit bedacht blieben, nicht überall auf Gegenliebe; die Maßnahme stieß vor allem dort ins Leere, wo keine Personalunion zwischen Landesvorsitz und Amt des Ministerpräsidenten (wie in Nordrhein-Westfalen) bestand. In einer „internen Entschließung“ vom 15. Dezember 1952 hielt es der Vorstand – in Ausweitung seines Beschlusses vom Juni – deshalb „für dringend geboten, daß die der CDU angehörenden Ministerpräsidenten ständig an den Sit-

21 Vgl. Nr. 2 S.19; Lenz-Tagebuch vom 10. Mai 1951: „erregte Debatte um die Bestellung von Lubbers... Der Alte setzte sich aber, wie üblich, auch hier wieder durch“. Entgegen der Feststellung SCHÖNBOHMS (S. 37) akzeptierte der Vorstand also die Berufung von Lubbers.

22 Vgl. Nr. 2 S. 23 sowie Nr. 8 S. 88.

23 Vgl. KIESINGER: Erlebnisse S. 65; HECK: Adenauer S. 199. Vgl. Nr. 11.

24 CDU, 6. Bundesparteitag (1956) S. 113ff.

25 Vgl. Nr. 12 S. 120; Schreiben Hecks an Landesverbände vom 31. Juli 1952 in BA, NL Kaiser vorl. Nr. 108.

zungen des Bundesvorstandes teilnehmen“.²⁶ Um diese Entschließung satzungsgemäß abzusichern, wurde auf dem 4. Bundesparteitag in Hamburg am 22. April 1953 eine entsprechende Statutenänderung beschlossen, mit der sich der Vorstand einer paritätischen Repräsentation der Landesverbände in der CDU-Spitze annäherte. Der § 9 lautete also: „Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, drei geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern, dem Schatzmeister, den Vorsitzenden der Landesverbände und zehn weiteren Mitgliedern. Für diese zehn Mitglieder wird je ein Stellvertreter gewählt. Die stellvertretenden Vorsitzenden der Landesverbände sind berechtigt, die Vorsitzenden stimmberechtigt im Vorstand zu vertreten. Der jeweilige Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gehört dem Vorstand als stimmberechtigtes Mitglied an.“

Zu ordentlichen Mitgliedern wurden neben Adenauer – sowie seinen Vertretern Kaiser und Ehlers – gewählt: Albers, Bauknecht, Gradl, Anna Marie Heiler, Majonica, Samsche, Strickrodt, Wackerzapp, Helene Weber, Zimmer; – zu stellvertretenden Mitgliedern: Benda, Hellwig, Heurich, Hofmeister, Elisabeth Pitz-Savelsberg, Gisela Praetorius, Hilde Röskau, Süsterhenn, Wehking, Winkelheide; – zum Bundeschatzmeister: Bach; – zu geschäftsführenden Vorstandsmitgliedern: Kiesinger, Tillmanns und Wuermeling.²⁷ Hinzu kam der Fraktionsvorsitzende im Bundestag, von Brentano, als „geborenes“ Mitglied.

Zwischen 1950 und 1953 veränderte sich der Parteivorstand in Zahl und Zusammensetzung also beträchtlich und erhielt dadurch nicht nur ein neues Gesicht, sondern auch innerparteilich mehr Gewicht. Das Bundesorgan und die Spitzen der Landesvorstände wie auch der Parteiausschüsse (später: Vereinigungen) rückten näher zusammen. Parallel zu dieser engeren Verknüpfung ist in der gesamten Union ein Prozeß zu sehen, in dessen Verlauf die verschiedensten Funktionen in wenigen Händen kumulierten. Einige Beispiele aus der Reihe der Vorstandsmitglieder spiegeln diese Entwicklung wider: Kaiser, Bundesminister, war Vorsitzender der Exil-CDU und der CDA; Ehlers, Bundestagspräsident, war Vorsitzender des EAK und des Landesvorstands Oldenburg; Albers war Vorsitzender des Kreisverbands Köln und des Landessozialausschusses Rheinland sowie stv. Vorsitzender des Landesverbands Rheinland.

Die Konzentration zahlreicher Parteifunktionen auf wenige Amtsträger, die dem Bundesvorstand angehörten, verdichtete in der Parteispitze sowohl fast alle Parteiinstanzen als auch die unterschiedlichen politischen, konfessionellen, landsmannschaftlichen sowie gesellschaftlichen Strömungen und ermöglichte dem zentralen Gremium der Partei eine entscheidende Integrationsfunktion für die Gesamtpartei.²⁸ So wurde der Vorstand in dieser personellen wie funktionalen Konstellation, als „Organisation“ von Organisationen, in zunehmendem Maße seiner eigentlichen

26 Vgl. Nr. 16 S. 208f. Wortlaut der Entschließung in BA, NL Kaiser vorl. Nr. 237.

27 CDU, 4. Bundesparteitag S. 221.

28 Vgl. dazu auch SCHULZ S. 163–165.

Rolle als Parteiexecutive und Schaltstation zwischen den verschiedenen politischen Ebenen gerecht. Er bildete das Dach, unter dem die vordem divergierenden Kräfte gesammelt und zur Gesamtpartei verschmolzen wurden. Hier wurden nicht nur Beratung und Beschußfassung der Parteitage vorbereitet und auf diese Weise kontrolliert²⁹; hier erfolgten auch die Vorbesprechungen und Planungen für die meist im Anschluß oder für den folgenden Tag einberufenen Sitzungen des Parteiausschusses, die insoweit ganz wesentlich von den Festlegungen im Vorstand beeinflußt wurden, zumal seine Mitglieder kraft Amtes auch diesem Gremium angehörten. Aufgrund der meist identischen Tagesordnung und dem fast gleichlautenden Bericht Adenauers zur Lage fanden die Vorstandsmitglieder an den Sitzungen des Ausschusses immer weniger Interesse und reisten in der Regel vorzeitig ab.

2. Die Protokolle des Bundesvorstands als Quelle

Diese Feststellungen über Bedeutung und Funktion des Parteivorstands, die vor dem Hintergrund der Ausgangslage des Jahres 1950 gesehen werden müssen, gelten vor allem für den breiten Informationsfluß zwischen Regierung, Bundestagsfraktion, Gesamtpartei und Landesverbänden. In den 32 Monaten zwischen 5. Dezember 1950 und 31. Juli 1953, der letzten hier dokumentierten Einberufung, fanden insgesamt 26 Zusammenkünfte statt. Allein die Sitzung vom 16. März 1951 blieb in diesem Band unberücksichtigt, da die einzige überlieferte Notiz im Tagebuch von Otto Lenz, dem Staatssekretär im Presse- und Informationsamt, inhaltlich zu wenig aussagt.³⁰ Es haben also fast monatlich, spätestens alle acht Wochen Zusammenkünfte stattgefunden; nur zwischen Dezember 1950 und März 1951 sowie zwischen Februar und Juni 1952 trat eine viermonatige Pause ein. Tagungsort der in der Regel halbtägigen, manchmal ganz-, verschiedentlich auch zweitägigen Sitzungen war meist das Kanzleramt in Bonn, was zu der Meinung beigetragen hat, Adenauer

29 So lautet der Beschuß des Vorstands (Beschußprotokoll der Sitzung Nr. 16 und 17): „Für die nächste Sitzung des Vorstandes soll der geschäftsführende Vorstand einen detaillierten Programmentwurf für den Bundesparteitag in Hamburg ausarbeiten. Beamte, Mitständer und Vertriebene müssen im Programm besonders berücksichtigt werden.“ Das so erarbeitete Programm wurde vom Parteitag nur noch abgesegnet. Vgl. dazu BUCHHAAS: Volkspartei S. 194ff.; Ute SCHMIDT: CDU S. 539–544; DITTBERNER S. 68ff.

30 „Nachmittags Vorstandssitzung der CDU, in der der Bundeskanzler der Fraktion sein Mißfallen zum Ausdruck brachte, daß sie den Entwurf in den entscheidenden Punkten abgeändert hatte. Es entspann sich eine heftige Debatte, in der der Bundeskanzler nicht nachließ, seinen Standpunkt mit aller Hartnäckigkeit zu vertreten.“ – Gemeint ist die Frage des Mitbestimmungsrechts; die Bundestagsausschüsse hatten die Regierungsvorlage in entscheidenden Punkten abgeändert. Vgl. dazu MÜLLER-LIST S. 439–456; DIESELBE: Zwischen Konfrontation und Interessenausgleich. Zur Entwicklung und gesetzlichen Regelung der Mitbestimmung in der Frühzeit der Bundesrepublik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 18/85 S. 15–28, hier S. 24f.

habe die CDU aus dem Palais Schaumburg heraus „regiert“. Dabei wird nicht bedacht, daß lange Zeit keine Parteizentrale mit geeigneten Tagungsmöglichkeiten zur Verfügung stand und daß der Kanzler an seinem Amtssitz auch während der Vorstandssitzungen – wie die Protokolle an vielen Stellen belegen – Amtsgeschäften nachgehen konnte. Durch diesen Sitzungsrhythmus war ein intensiver Informations- und Gedankenaustausch gewährleistet.

Der zeitliche Rahmen dieses Protokollbandes umspannt drei entscheidende Jahre der Anfänge der Bundesrepublik Deutschland; sein Endpunkt, der 31. Juli 1953, die letzte Sitzung vor der zweiten Bundestagswahl, mag zunächst willkürlich erscheinen. Als Einschnitte in der fortlaufenden Reihe der Protokolle wären auch die Wahlen zum obersten Entscheidungsgremium der Partei, d.h. die Parteitage, denkbar gewesen, ebenso die Verabschiedung des ersten gemeinsamen Parteiprogramms in Hamburg. Aber weder Parteitage noch das Hamburger Programm vom 22. April 1953³¹ bedeuten eine Zäsur im Wirken des Vorstands. Vielmehr erhält die Eingrenzung auf die Legislaturperiode des ersten Bundestags ihre innere Berechtigung und Begründung dadurch, daß jede Partei ihre Arbeit – abgesehen von grundsätzlichen Erwägungen – am Termin der nächsten Wahlen ausrichtet; diese gilt es zu gewinnen, um dann die programmatischen Ziele in den legislativen und exekutiven Gremien durchzusetzen. Die Ausrichtung der Parteiarbeit auf die Bundestagswahl wird schon Mitte der Legislaturperiode von Adenauer angemahnt³²; ab Ende 1952 sind die Tagesordnungen neben der Vorbereitung des 4. Bundesparteitags, der Frage der Wahlgesetzgebung und jener Gesetzesvorhaben, die in der laufenden Legislaturperiode noch abgewickelt werden sollten, wesentlich geprägt durch die Frage der Kandidatenaufstellung und Listenverbindungen mit den Koalitionsparteien, um das Wählerpotential optimal ausnutzen zu können, sowie Wahlpropaganda und Wahlkampffinanzierung. Mit dem letzten Zusammentreffen am 31. Juli waren die Vorbereitungen für die zweite Bundestagswahl abgeschlossen, die am 6. September 1953 mit einem Stimmenzuwachs von 14,2 % und dem Gewinn der absoluten Mehrheit der Bundestagsmandate so überaus erfolgreich für die Unionsparteien endete.

Die Protokolle eröffnen nicht nur tiefe Einblicke in die Entwicklung der CDU im Bund und in den Ländern sowie die parteipolitischen Auseinandersetzungen und Koalitionsprobleme dieser Zeit, sie vermitteln auch Motive und Ziele der wesentlichen innen- und außenpolitischen Weichenstellungen in den entscheidenden Aufbaujahren der Bundesrepublik. Die ersten Sitzungen waren vornehmlich von Parteiintern, den Fragen um Organisation und personellem Aufbau der Bundesgeschäftsstelle bestimmt. Mit der Berufung des 3er-Kollegiums Kiesinger, Tillmanns, Wuermeling am 9. November 1951³³ und des Bundesgeschäftsführers Heck Ende

31 CDU, 4. Bundesparteitag S. 249.

32 Vgl. Nr. 3 S. 39.

33 Nr. 9.

Februar 1952³⁴ war diese Aufbauphase abgeschlossen. Auch wenn Adenauer bereits am 6. September 1951 die Arbeitsfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle ausdrücklich hervorhob³⁵, wies er doch immer wieder auf die Notwendigkeit einer besseren Parteiarbeit und verstärkter Koordination mit allen anderen Partiestellen hin.³⁶

Schwer wogen von Beginn an die Finanzprobleme. Nach der Satzung vom 21. Oktober 1950 war die Bundespartei Kostgängerin der Landesverbände. Ihre Einnahmen reichten aber nie für einen ordnungsgemäßen Geschäftsgang aus, so daß der Bundesschatzmeister stets auf der Suche nach weiteren Finanzierungsquellen war. Die laufenden Kosten der Bundesgeschäftsstelle wurden vornehmlich durch den Verkauf des „Wirtschaftsbildes“, durch Mitgliedsbeiträge, Zahlungen der Mandatsträger und Spenden gedeckt, wobei lange Zeit zwischen Bundespartei und Landesverbänden strittig war, wie die Gelder verteilt werden sollten.³⁷ Die Möglichkeit, die chronische Geldnot mit einer Maßnahme zu beheben, wie sie die FDP über eine Stiftung praktizierte, fand keinen Anklang bei den Vorstandsmitgliedern.³⁸ Eine wichtige Geldquelle wurde durch die sog. Fördervereine erschlossen, wobei man sich der Gefahr möglicher politischer Einflußnahme der dahinterstehenden Wirtschaftskreise wohl bewußt war.³⁹ Die von Schatzmeister Bach offengelegten Bilanzen über Einnahmen und Ausgaben, über Wahlkampfkosten und ihre Aufbringung⁴⁰ eröffnen erstmals einen genaueren Einblick in das Finanzgebaren und die Finanzsorgen der Union jener Jahre.⁴¹

Immer wieder tauchte auch das Problem der Balance zwischen den beiden Konfessionen auf. Wie groß das überkommene gegenseitige Mißtrauen in jenen Jahren noch war und wie schwer sich die überkonfessionelle Partei damit tat, wird an unterschiedlichsten Ereignissen deutlich: die Protestanten hatten Schwierigkeiten in ihrem eigenen Bereich mit Strömungen, die sich an Namen wie Niemöller und Heinemann knüpfen⁴²; Probleme gab es beim Proporz von Stellenbesetzungen⁴³, Differenzen bei der Frage über das Verhalten gegenüber der katholischen Zentrumspartei⁴⁴; Empörung bei den Protestanten rief das Verhalten des Bischofs von Würzburg hervor, das die Partei eigentlich gar nicht berührte.⁴⁵ Wenn auch im allgemeinen der Tenor lautete, die Katholiken dürften in ihrem Verhalten gegenüber den Protestanten „nicht kleinlich“ sein, so wurde doch gleichzeitig davor ge-

34 Nr. 11.

35 Nr. 4 S. 54.

36 Nr. 3 S. 48; vgl. Anm. 35. Vgl. dazu z.B. auch die Ausführungen Schröters in Nr. 2 S. 18.

37 Vgl. Nr. 2 S. 19–21; Nr. 4 S. 61–63; Nr. 6 S. 77f. usw.

38 Nr. 3 S. 42.

39 Nr. 12 S. 127. Vgl. dazu auch FLECHTHEIM: Entwicklung S. 186f.

40 Nr. 19 S. 435ff.; Nr. 20 S. 470f.; Nr. 24 S. 642f.

41 Vgl. dazu die einseitige Sicht von FLECHTHEIM: Entwicklung.

42 Nr. 1 S. 3, 7f.; Nr. 8 S. 87.

43 Nr. 5 S. 75; Nr. 14 S. 163, 165.

44 Vgl. z.B. Nr. 23 S. 541f.

45 Nr. 24 S. 641.

warnt, die Vorstellungen des katholischen Volksteils oder des Klerus' zu übergehen oder gar zu mißachten.⁴⁶

Neben diesen CDU-Interna bestimmten vornehmlich die Ereignisse in den Ländern und Vorgänge in den Landesparteien sowie die ausführlichen Analysen über Wahlerfolge und -niederlagen die Tagesordnung. Zwischen dem Goslarer Parteitag und der zweiten Bundestagswahl fanden eine Volksabstimmung im Südweststaat, sechs Landtagswahlen (zuzüglich der Wahl am 26. November 1950 in Bayern sowie der Wahl vom 30. November 1952 im Saarland) sowie fünf Kommunalwahlen (plus Bayern) statt, die der CDU z.T. empfindliche Verluste eintrugen, was zum Gerede von der „Krise der CDU“ führte.⁴⁷ Die Wahlergebnisse, ihre unterschiedlichen lokalen, regionalen und überregionalen Ursachen und Einflüsse wurden aus CDU-Sicht eingehend debattiert und nach ihrer Nutzanwendung für die kommende Parteiarbeit untersucht.⁴⁸

Eine entscheidende Rolle spielten bei diesen Erörterungen die Beziehungen zu den anderen Parteien. Den Befürwortern eines zurückhaltenden Kurses gegenüber DP, FDP, Zentrum, BHE und auch SPD, hier vornehmlich die Anhänger einer großen Koalition, standen Kritiker gegenüber, die die gebotene koalitionspolitische Rücksichtnahme gegenüber den eigenen grundsätzlichen weltanschaulichen Positionen hintanstellten. Sorge bereitete die Rechtsorientierung der DP, deren Sonntagsredner Seeböhm als Unruhestifter immer wieder Kopfschütteln verursachte.⁴⁹ Keinesfalls harmonisch war das Verhältnis zur FDP: Zum rechten Flügel wahrte man Distanz.⁵⁰ Anlaß ständigen Ärgers waren aber neben politischen Sachfragen⁵¹ vor allem die Sticheleien der Linksliberalen Dehler und Maier, die die Union immer wieder in den Verdacht einer klerikalen Partei zu rücken suchten.⁵² Heftig diskutiert wurde auch das Verhältnis zur Zentrumspartei, die einerseits gleiche Wählerschichten ansprach wie die CDU und damit als lästiger Konkurrent auftrat, andererseits aber ebenfalls aus koalitionspolitischen Erwägungen zurückhaltend behandelt werden mußte.⁵³ Sehr genau wurden das Aufkommen des BHE und die Auswirkungen auf das Wählerpotential der CDU beobachtet, wobei das eigenwillige Verhalten des Vertriebenenpolitikers Linus Kather dieser Beziehung eine besondere Brisanz verlieh.⁵⁴ Nicht alle Vorstandsmitglieder befürworteten gegenüber der SPD den Kurs

46 Nr. 1 S. 8; Nr. 5 S. 75; Nr. 23 S. 541.

47 DITTBERNER S. 71.

48 Nr. 2 S. 27ff.; Nr. 18 S. 329ff.

49 Nr. 24 S. 598, 603f., 605.

50 Nr. 23 S. 537.

51 Nr. 24 S. 586f., 600ff.

52 Nr. 16 S. 219; Nr. 23 S. 562.

53 Vgl. Nr. 23 S. 536f., 540f. Bedauerlicherweise konnte die Lücke im Protokoll Nr. 24 nicht geschlossen werden, in dem das Verhältnis zum Zentrum „erbittert“ diskutiert wurde (vgl. Nr. 24 Anm. 120). Zum Verhältnis zwischen CDU und Zentrumspartei Ute SCHMIDT: Deutsche Zentrumspartei. In Stross 1 S. 1192–1242, hier S. 1202ff.

54 Nr. 13 S. 145ff.; Nr. 17 S. 263ff.

klarer Abgrenzung.⁵⁵ Hier war es vor allem der Parteivorsitzende, der der SPD die eindeutige Rolle der Opposition zuwies und seine Partei stets unter Hinweis auf die Gefahr eines SPD-Sieges bei der kommenden Bundestagswahl, der eine „innere und äußere Katastrophe“ bedeuten würde⁵⁶, zu verstärkter Anstrengung in Bund und Land aufrief. Auffallend ist die differenzierte, ja wohlwollende Einschätzung Kurt Schumachers durch Adenauer⁵⁷, während er seinem Nachfolger Erich Ollenhauer weniger Format zubilligt. Der Wille zu eindeutiger Konfrontation mit dem DGB kommt in den Sitzungen ebenso zum Ausdruck wie die Mahnung zur Mäßigung, die vor allem von den früheren christlichen Gewerkschaftern Albers, Arnold und Kaiser ausgesprochen wird.⁵⁸

Je mehr die Bundespartei sich stabilisierte, desto breiteren Raum nahmen die Diskussionen um die großen Themen der Innen- und Außenpolitik ein. In aller Regel waren sie vorstrukturiert durch die an den Anfang der Sitzungen gerückten umfassenden Berichte zur Lage, die Adenauer gezielt nutzte, um „Herrschaftswissen“ auszubreiten, aktuelle Probleme zur Diskussion zu stellen und einen möglichst breiten Konsens herbeizuführen. Nur selten konnten Vorstandsmitglieder eine Debatte über Grundsatzfragen durchsetzen, die über die von Adenauer angesprochenen Themen hinausging.⁵⁹

3. Adenauer und der Bundesvorstand

Die herausragende Stellung, die Adenauer in der CDU besaß, ist unbestreitbar.⁶⁰ Das Gewicht seiner Persönlichkeit ist mit Recht als einer der stärksten Aktivposten der CDU bezeichnet worden.⁶¹ Seine Rolle als Parteiführer wird dagegen meist weniger positiv beurteilt: Er habe die CDU ausschließlich in der Funktion als „Kanzlerwahlverein“⁶² gesehen und insofern ihre Entwicklung eher gehemmt als gefördert. Die Vorstandsmitglieder hätten sich zu „des Kanzlers Chorknaben“ degradieren lassen⁶³, und noch jüngst ist behauptet worden, Adenauer sei gegenüber den Parteiführungsgremien und den Mitgliedern der Partei eher als Bundeskanzler denn als Parteivorsitzender in Erscheinung getreten; die CDU in der Ära Adenauer sei eher Regierungs- als Bundespartei gewesen.⁶⁴

55 Vgl. die Diskussion in Nr. 23 und 24.

56 Nr. 3 S. 39.

57 Nr. 18 S. 295; Nr. 23 S. 527.

58 Nr. 12 S. 110f. sowie Nr. 23 und 24.

59 Jakob Kaiser erzwang am 26. Januar 1953 eine Saardebatté, konnte sich aber – obwohl von Peter Altmeier unterstützt – mit seiner Meinung nicht durchsetzen. Vgl. Nr. 18 S. 409ff.; dazu auch REPGEN: Saar-Frage S. 98–100.

60 Erste richtungweisende Studie von HEIDENHEIMER: Adenauer.

61 HEIDENHEIMER: Regierungschef S. 248; PRIDHAM S. 56–112.

62 Ute SCHMIDT: CDU S. 504.

63 HEIDENHEIMER: Regierungschef S. 257.

64 BUCHHAAS: Volkspartei S. 114; SCHÖNBOHM S. 39.

Schon im Zonenausschuß der CDU der britischen Zone war Adenauer die dominierende Figur⁶⁵; daß er auch im Bundesvorstand unangefochtene Bedeutung gewann, war zunächst keineswegs sicher. Das Scheitern seines in Goslar unternommenen Versuchs, die Spitze der Partei mit einem geschäftsführenden Vorsitzenden seines Vertrauens zu besetzen, zeigt, daß die „Landesfürsten“ und „Stammesherzöge“ nicht willens waren, ihre „Erbhöfe“ zugunsten eines Adenauer-Gefolgsmannes ohne weiteres aufzugeben. Die Ersatzkonstruktionen mit kollegialer Führung, deren Mitglieder auch in anderen Gremien eingespannt waren, haben den Weg zur Straffung der Parteorganisation nicht begünstigt. Die CDU blieb ihrer föderativen Struktur treu, mit der sie angetreten und in den ersten fünf Jahren ganz gut gefahren war. Dadurch verzögerte sich die Organisation der Partei von oben her – aus der Bonner Zentrale – während der Periode bis 1953. Dies lag nicht im Interesse Adenauers, der häufig über die mangelnde Effizienz der Parteiarbeit und ihrer Harmonisierung zwischen den verschiedenen Geschäftsstellen klagte.⁶⁶ Für ihn wäre eine durchgreifende Veränderung der Organisationsstruktur aber nur unter großem Einsatz an Kraft und Zeit möglich gewesen, verbunden mit erheblichen Reibungsverlusten für sein Regierungsamt. Das in Kauf zu nehmen, war der Regierungschef nicht bereit.

Es zeigt sich zudem, daß ein derartiger Herkulesakt gar nicht nötig war, um seine Führungsposition innerparteilich zu unterbauen. Zugute kamen ihm nicht nur seine bereits im CDU-Zonenverband der britischen Zone erworbene persönliche Autorität und das mit dem Kanzleramt verbundene Prestige; zugute kamen ihm in der Anfangsphase auch die z.T. desolaten, lähmenden Verhältnisse an der Spitze verschiedener Landesverbände; zugute kamen ihm schließlich die personelle Besetzung des Vorstands überhaupt und die Erfolge in der Außen- und Wirtschaftspolitik.⁶⁷

Als Gegenspieler Adenauers hatte Jakob Kaiser nach dem Verlust seiner Ämter in Berlin als „Kaiser ohne Land“ abgedankt. Im übrigen zeigen jene Sitzungen, in denen er Adenauer vertrat, daß ihm die Souveränität fehlte, den Vorstand auch nur annähernd so effektiv wie der Vorsitzende zu leiten. Auch der zweite Stellvertreter, Friedrich Holzapfel, hatte nach Beendigung seiner einflußreichen Tätigkeit als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat und nach Auflösung des CDU-Zonenverbands der britischen Zone, dessen zweiter Vorsitzender er war, keine Hausmacht hinter sich scharen können, mit der er seine Ambitionen auf Leitung der Bundesgeschäftsstelle gegen den Willen Adenauers hätte stützen

65 PÜTZ S. 92–98.

66 Nr. 3 S. 48f.; Nr. 8 S. 87f.; Nr. 9 S. 94f.; Nr. 10 S. 96f.

67 Vgl. zum Folgenden auch HEIDENHEIMER: Adenauer S. 185ff.; WENGST: Auftakt S. XXVIII, der eine vergleichbare Konstellation bei der Regierungsbildung 1949 feststellt.

und durchsetzen können. Immerhin brauchte Adenauer bis ins Jahr 1952, um Holzapfel aus dem Zentrum der Parteimacht vollends auszumanoövrieren. Werner Hilpert in Hessen geriet in seinem Landesverband vor allem nach dem Wahldebakel vom November 1950 derart unter Beschuß – mit entsprechender Unterstützung durch Adenauer –, daß er schließlich resignierte und sich 1952 ganz aus der Parteiarbeit zurückzog. Carl Schröter in Schleswig-Holstein bekam Schwierigkeiten mit seinem Ministerpräsidenten Walter Bartram. Beide verwickelten sich gegenseitig in Partieverfahren, und damit war auch Schröter paralysiert.⁶⁸ Die Vertreter des zukünftigen Südweststaats waren so sehr mit der anstehenden Neugliederung beschäftigt, daß in die dadurch hervorgerufenen internen Auseinandersetzungen von Bonn aus schlichtend eingegriffen werden mußte⁶⁹; so blieb automatisch auch ihr Gewicht im Vorstand gering. Die Versuche Ernst Bachs, des Schatzmeisters, der seinen Machtbereich durch Übernahme der Geschäftsstelle erweitern wollte und seinen Anspruch mit Rücktrittsdrohungen zu bekräftigen suchte, wurden wenig ernstgenommen und sämtlich abgeblockt.⁷⁰ Erkennbare „Fraktionsbildungen“, die innerhalb des Vorstands zu Stimmführerschaft geführt und dem Vorsitzenden insofern Schwierigkeiten bereitet hätten, sind nicht erkennbar; allenfalls in Sachfragen scharten sich einige Mitglieder enger zusammen.

Als potentielle weitere Konkurrenten um Einfluß auf Partei und Parteizentrale wären nur noch die Ministerpräsidenten der CDU-geführten Länder kraft Amtes in Frage gekommen. Doch waren sie im Vorstand zunächst nicht vertreten, und ihre ehedem so dominierende Rolle mit den Machtbefugnissen, die sie in den ersten Nachkriegsjahren erworben und ausgebaut hatten, waren ihnen mit Bildung der Bundesrepublik verlorengegangen. Zudem hatten sie – wie Karl Arnold in Nordrhein-Westfalen, die stärkste Persönlichkeit unter ihnen – mit außerordentlich eigenständigen Landesverbänden und -vorsitzenden zu tun oder waren wie Bartram in Schleswig-Holstein heftig umstritten. Und selbst wenn sie in jener Zeit mit Sitz und Stimme im Vorstand vertreten gewesen wären, sie hätten doch nicht über die breiten Kontakte und internationalen Verbindungen verfügt, die Adenauer in seinem Amt als Bundeskanzler anknüpfen konnte, die ihm zusätzlichen Einfluß verschafften, einen beträchtlichen Informationsvorsprung sicherten und zu „Herrschertwissen“ verhalfen, das er voll in die Waagschale der Parteiarbeit werfen konnte.

Die souveräne Art und Weise, in der er seine Möglichkeiten nutzte, zeigen seine „Berichte zur Lage“. Je mehr sich das Organ Bundesvorstand an der Parteispitze festigte, desto gezielter setzte er diese internen Ansprachen ein: Mit genauer Information und differenzierter Beurteilung innen- wie außenpolitischer Vorgänge, mit präzisen Analysen, eingebettet in historische Perspektiven, mit humorvollen Einla-

68 Vgl. Nr. 2 S. 30.

69 Nr. 10 S. 98ff.

70 Vgl. Nr. 5 Anm. 4.

gen oder bissigen Seitenhieben, hin und wieder auch mit Behauptungen, die – wie Otto Lenz in seinem Tagebuch festhält – der Wahrheit wohl nicht so ganz entsprachen⁷¹, beeinflußte er den Gang der anschließenden Aussprache. Diese Lageberichte, die er als Führungsinstrument erst ab Mitte 1952 voll entwickelt zum Einsatz brachte, werfen ein bezeichnendes Schlaglicht auf seinen Umgang mit dem Vorstand, der die Informationen aus erster Hand meist dankbar entgegennahm. Zusammen mit den Teegegesprächen im Kreise von Journalisten, deren Bedeutung auf die Bildung der öffentlichen Meinung nicht hoch genug einzuschätzen sind⁷², bieten die Lageberichte die wichtigsten zusammenhängenden Äußerungen des Kanzlers und Parteivorsitzenden.

Die Ausführungen vor dem Parteivorstand wurden in kleineren Gesprächskreisen sorgfältig vorbereitet und abgestimmt, zunächst mit Personen aus seiner unmittelbaren Umgebung, sodann mit denjenigen, die im Zustimmungsprozeß der Partei eine wichtige Rolle spielten.⁷³ Erst wenn Adenauer sich einer breiten Zustimmung weitgehend sicher sein konnte, trat er damit vor das Verbreitungs- und Integrationsgremium des Bundesvorstands. Karl Carstens hat diese Art politischer Führung als „voranschreitenden Führungsstil“ bezeichnet.⁷⁴ Die verbreitete Annahme, Adenauer sei ein „dialogunfähiger Autokrat“ gewesen, erweist sich als ebenso falsch wie das Klischee, er sei ein Politiker der „einsamen Beschlüsse“ gewesen.⁷⁵ Soweit ersichtlich, ist dieses Diktum erstmals in der Neuen Zürcher Zeitung vom 22. Februar 1950 gebraucht worden (Fernausgabe Nr. 52), wo dem Kanzler allerdings zugute gehalten wurde, er müsse schwere politische Aufgaben mit ungeschulten Mitarbeitern leisten, da man in Deutschland Männer von wirklichem politischen Format an den Fingern einer Hand aufzählen könne.

Doch während Adenauer mit dem Führungsinstrument „Lagebericht“ im außenpolitischen Feld seine Kanzlerposition voll ausspielen konnte und wegen des geringeren Wissensstands der Vorstandsmitglieder hier naturgemäß uneingeschränkte Autorität erwarb, waren die Vorstandsmitglieder im innenpolitischen Bereich, wo sie aus eigener Anschauung und Betroffenheit mitreden konnten, keinesfalls „true believers“.⁷⁶ Insbesondere bei Fragen der Deutschlandpolitik und der Saar⁷⁷, bei

71 So äußert sich Lenz skeptisch zu angeblichen Äußerungen aus dem Parteivorstand der SPD (vgl. Nr. 16 S. 183, 228 sowie Nr. 18 S. 305) und stellt zur Behauptung Adenauers fest, er sei von einer auswärtigen Macht gebeten worden, den Naumann-Kreis verhaften zu lassen (Nr. 16 S. 175): „das hatte Sir Ivone [Kirkpatrick] nicht gesagt“ (Lenz-Tagebuch vom 15. Dezember 1952).

72 Vgl. dazu ADENAUER: Teegegespräche S. VIIff.

73 Vgl. Anm. 18. Weitere Belege lassen sich aus den Terminkalendern ableiten.

74 Karl CARSTENS: Politische Führung. Erfahrungen im Dienst der Bundesregierung. Stuttgart 1971 S. 114f.; KÜPPER passim; HECK: Adenauer.

75 Ute SCHMIDT: CDU S. 504; vgl. aber Eugen GERSTENMAIER: Adenauer und die Macht. In: Konrad Adenauer 1 S. 29–44, hier S. 37f.

76 So HEIDENHEIMER: Adenauer S. 203.

77 Vgl. Nr. 13 S. 142f.; Nr. 24 S. 650ff. Vgl. Anm. 59.

der Behandlung der West-Verträge, des Wehrbeitrags und der Auseinandersetzung um das Bundesverfassungsgericht Ende 1952⁷⁸ kam es zu teilweise scharfen Kontroversen, in denen – bei aller Zustimmung in den Grundfragen – auch das Unverständnis über Details des Adenauerschen Kurses zum Ausdruck gebracht wurde. Eine direkte Umsetzung der zustimmend oder widersprüchlich erörterten Fragen in konkretes Handeln erfolgte daraus in der Regel allerdings nicht. Dies fiel in die Kompetenz der Regierung oder der Fraktion; deshalb faßte der Bundesvorstand nach seinen eingehenden Diskussionen keinerlei Beschlüsse, die für die Bundesregierung, die Bundestagsfraktion oder die Länderregierungen bindend gewesen wären.⁷⁹ Es war das Gremium, in dem politische Entscheidungen durch Informationsaustausch und Meinungsbildung reiften und sich durchsetzten. Insofern kann die Meinung von Bruno Heck, die Partei hätte lediglich ratifiziert, was entschieden war, und dies in der Öffentlichkeit zu vertreten gehabt⁸⁰, für den hier behandelten Zeitraum in dieser Form nicht geteilt werden.

Adenauer war sich des Stellenwerts des Bundesvorstands wohl bewußt und deshalb stets bemüht, weitestgehend Konsens herzustellen und auf diese Weise eine klare Abstimmung der CDU-Politik zu erzielen, damit die Funktions- und Mandatsträger, die ja als Multiplikatoren in die Gesamtpartei und in die Fraktion hineinwirkten, diese Politik in einheitlicher Sprachregelung in ihren Gremien vertreten konnten. Die Verschmelzung der bis zur Gründung der Bundespartei so unterschiedlichen Positionen und Vorstellungen gehört zu den entscheidenden Leistungen des Vorsitzenden in seiner Partei. „Adenauers Verhältnis zu seiner Partei und das Verhältnis zu ihm waren die Voraussetzungen für seinen Erfolg wie für den Erfolg der Partei.“⁸¹ Diese Charakterisierung des Aufeinander-Angewiesenseins und der wechselseitigen Beziehungen trifft am ehesten den Kern des Verhältnisses zwischen Adenauer, Bundesvorstand und Gesamtpartei.

4. Zur Edition

Die Protokolle des Bundesvorstands der CDU werden im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) in St. Augustin bei Bonn aufbewahrt. Die Protokollserie, die für die Jahre von 1950 bis zum 5. September 1952 numeriert ist, weist allerdings zwei Lücken auf, das 2. und das 10. Protokoll fehlen. Die Daten der

78 Die komplizierte Politik um die Ratifizierung der West-Verträge Anfang Dezember 1952 verursachte erhebliche Unruhe und Widerstände in der CDU, so daß sich Adenauer kurzfristig zur Einberufung des Vorstands entschloß und für die Sitzung zwei volle Tage ansetzte (vgl. Nr. 16 und 17). Zum Gesamtkomplex SCHWARZ 1 S. 175ff.

79 Vgl. dazu auch REPPEN: Saar-Frage S. 92.

80 So HECK in CDU, 17. Bundesparteitag (1969) S. 34.

81 HECK: Adenauer S. 203.

entsprechenden Sitzungen konnten mit den im Nachlaß von Hans Globke (im ACDP) vorhandenen Terminkalendern sowie dem Tagebuch von Otto Lenz ermittelt und die Lücken so geschlossen werden. Aus dem Tagebuch kommt aber nur die Mitschrift vom 29. Februar 1952 zum Abdruck (Nr. 11). Die Notizen vom 16. März⁸² und 9. November 1951 sind nur knapp; der Inhalt letzterer Sitzung (Nr. 9) wurde anhand der vorgesehenen Tagesordnung und Presseveröffentlichungen über die Sitzungen von Vorstand und Parteiausschuß rekonstruiert. Ebenfalls zusätzlich aufgenommen ist ein Protokoll des geschäftsführenden Vorstands vom 7. November 1952. Ein Protokoll der letzten Sitzung vor der Bundestagswahl (Nr. 25) ist hingegen nicht überliefert; auch hier mußte die Mitschrift von Otto Lenz als Ersatz dienen. Notizen, die Jakob Kaiser während der Sitzungen vom 13. Juni und 15./16. Dezember 1952, 26. Januar und 15. Juli 1953⁸³ niedergeschrieben hat, bleiben unberücksichtigt, da sie keine Ergänzung der ausführlichen, ab Ende 1952 stenographischen Protokolle darstellen und insofern keinen zusätzlichen Informationswert haben. Für die Sitzung vom 29. Februar 1952, für die kein offizielles Protokoll vorliegt, ist eine zweiseitige handschriftliche Niederschrift von Georg Strickrodt erhalten, die wohl im Anschluß an die Zusammenkunft angefertigt worden ist. Sie bestätigt im wesentlichen die Eintragung im Lenz-Tagebuch und ist deshalb nur auszugweise als Regest (S. 108) aufgenommen, wo sie darüber hinaus Information bietet. Notizen anderer Teilnehmer sind bisher nicht bekannt. Ebenfalls nicht abgedruckt werden einige Beschußprotokolle, die – ursprünglich nur für die Vorstandsmitglieder gedacht – der Presse zur Verfügung gestellt und in deren Berichterstattung verwertet wurden.

Die offiziellen Mitschriften, für die anfangs Heinz Lubbers verantwortlich war, wurden offenbar von wechselnden Protokollanten gefertigt; sie sind ungezeichnet. Die Überlieferung liegt in Maschinenschrift vor, teils im Original, teils als Durchschlag. Wo das Original verblieben ist und wieviele Durchschläge angefertigt wurden, war nicht festzustellen. Eine zweite, allerdings lückenhafte Protokollserie befindet sich im Nachlaß Adenauers in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf; eine weitere Überlieferung konnte in den einschlägigen Nachlässen oder Parteiaktien nicht ermittelt werden.

Es handelt sich zunächst um knappe Verlaufsprotokolle, in denen ohne redaktionelle Glättung indirekte und direkte Rede abwechseln. Im Laufe des Jahres 1952 werden sie umfänglicher, bis schließlich in der Sitzung vom 5. September beschlossen wird, in Zukunft „ausführlich“ protokollieren und das Protokoll durch den geschäftsführenden Vorstand genehmigen zu lassen.⁸⁴ Ab Dezember 1952 liegen Wortprotokolle vor, die offenbar vom späteren rheinland-pfälzischen Parlamentsste-

82 Vgl. Anm. 30.

83 BA, NL Kaiser vorl. Nr. 237, 108.

84 Nr. 13 S. 155.

nographen Willy Schlarb angefertigt worden sind. Daß diese stenographischen Berichte nicht in allen Einzelheiten identisch mit dem Sitzungsverlauf sind, läßt sich an den Mitschriften von Lenz nachweisen: Er hat z.B. in der Sitzung vom 15. Dezember 1952 eine Wortmeldung von Ernst Bach notiert, die im offiziellen Protokoll so nicht erscheint.⁸⁵ Überhaupt diente das Lenz-Tagebuch verschiedentlich zur Ergänzung, vor allem zur Ermittlung von Sprechern, deren Namen der Protokollant nur unzureichend oder überhaupt nicht kannte.⁸⁶

Einige der Protokolle weisen handschriftliche Ergänzungen oder Berichtigungen marginaler Natur auf, z.B. von fehlerhaft geschriebenen Worten; da nicht festzustellen war, um wessen Handschrift es sich jeweils handelt (möglicherweise auch Archivbenutzer), ist auf einen Nachweis verzichtet worden. In den überlieferten Text wurde nicht eingegriffen. Nur der Name des Redners wurde bei der ersten Nennung im Rahmen seiner Ausführungen kursiv gesetzt unter Weglassung von Titeln, Vornamen oder Funktionen, die in den ersten Protokollen unregelmäßig und sehr uneinheitlich miterwähnt waren. Bei den Wortprotokollen sind Begriffe, die nichts mit einer Wortmeldung zu tun haben, wie „Zustimmung“, „Heiterkeit“, „Zwischenrufe“ usf. ebenfalls kursiv gesetzt worden. Tagesordnungspunkte im Text sind, soweit sie in der Vorlage ausgeworfen oder erwähnt sind, als Zwischenüberschriften in Kapitälchen aufgeführt.

Der Text ist sonst wörtlich und ungekürzt aus der Vorlage übernommen worden. Dabei wurden offensichtliche Hörfehler berichtet und fehlerhafte Orthographie, Grammatik und Interpunktionsstil schweigend dem heutigen Gebrauch entsprechend korrigiert, sofern keine anderweitigen Interpretationen möglich waren. Ist die Abweichung von der richtigen Schreibung (etwa von Namen) allzu groß, weist eine Anmerkung („in der Vorlage“) eigens darauf hin.

Veränderungen des Textes durch Ergänzungen des Bearbeiters sind durch eckige Klammern kenntlich gemacht. Auslassungen, die im Original schon durch drei Punkte ausgewiesen waren, wurden in dieser Form beibehalten. Bei einigen Stücken ist die Überlieferung unvollständig; Lücken im Text wurden durch vier Sternchen markiert.

Die Dokumentenköpfe enthalten alle wesentlichen Informationen über den Inhalt der Protokolle. Diese sind fortlaufend nummeriert und mit Angabe des Orts der Sitzung und mit Datum versehen. Als Teilnehmer genannt sind meist nur die Sprecher, da Anwesenheitslisten nicht immer vorhanden oder aber fehlerhaft sind. Wenn durch Indizien aus dem Text oder durch parallele Überlieferung (Lenz-Tagebuch) erschlossen werden konnte, ob jemand auch ohne Wortmeldung an einer Sitzung teilgenommen hat, wurde sein Name in eckigen Klammern ebenfalls im Dokumentenkopf aufgeführt. Die in der Sitzung behandelten Themen sind entwe-

85 Vgl. Nr. 16 Anm. 66.

86 Vgl. Nr. 16 Anm. 50.

der aus der Tagesordnung übernommen, sofern sie vorliegt, oder aber vom Bearbeiter als Kurzregest gebildet worden. Die in der Vorlage angegebenen Uhrzeiten wurden übernommen; fehlen sie, sind sie vom Bearbeiter – soweit möglich – nach den Terminkalendern ergänzt worden.

Die biographischen Angaben im Kommentar stammen meist aus den einschlägigen Nachschlagewerken; ein Nachweis darüber ist im einzelnen nicht erfolgt. Da nur die politischen Funktionen aufgeführt sind, entfallen in aller Regel die Daten aus den Jahren 1933–1945.

Das Literaturverzeichnis schließlich führt nur die mehrmals benutzten Titel auf.

Die Edition ist in verhältnismäßig kurzer Zeit fertiggestellt worden. Ohne die Mitarbeiterinnen im Archiv für Christlich-Demokratische Politik und ihren nimmermüden Einsatz wäre dies nicht möglich gewesen. Deshalb gilt ihnen mein besonderer Dank – vor allem Frau Marlies Roosen, Frau Käthe Ruf, Frau Margret Wiffel und Frau Elisabeth Zimmermann.

Für die Mithilfe bei den Recherchen in verschiedenen Archiven danke ich den dortigen Kollegen, insbesondere Herrn Engelbert Hommel in der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.

Hilfreiche Anregungen verdanke ich Herrn Professor Dr. Rudolf Morsey, der sich der Mühe der Durchsicht des Manuskripts unterzogen hat, sowie Herrn Priv. Doz. Dr. Hans-Otto Kleinmann, dessen kollegialen Rat ich außerordentlich schätze.

Günter Buchstab